

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Mai 2011



## Europa im Griff der guten Pakte

Jeden Tag eine gute Tat! Ob sich der geschäftsführende portugiesische Ministerpräsident José Socrates aus vorbeugenden Werbegründen an dieses liebenswerte Pfadfindermotto anlehnen wollte, als er nach dem Abschluss der Verhandlungen die EU-Hilfe für sein Land einen „guten Pakt“ für Portugal nannte? Mag sein. Und das muss er dürfen. In der Sache aber muss man wohl nicht mal mehr zweifeln, ob der Pakt für Portugal wirklich in die Kategorie jener „guten Taten“ gehört, zu der die Pfadfinderbuben sich einstmals verpflichteten, um ihren Beitrag zum kollektiven Gang in eine bessere Welt zu leisten.

Wenn es ohne Rabatt und Nachsicht gelte, die in und für die Europäische Währungsunion ersonnenen und mittlerweile auch mit reichlich Geldmitteln unterfütterten Beistandsvereinbarungen und Pakte zu bewerten, dann würde es wohl eher in die ökonomische – und daher alsbald auch in die politische – Irre führen, die im Eilmarsch vollzogene „Reform“ der Europäischen Währungsunion in die Abteilung der „guten Taten“ einzuordnen. Als gute Tat war einmal gedacht, Europa durch eine Währungsunion zu stärken. Wer das Ergebnis dieses Vorhabens unvoreingenommen betrachtet, kann nur zu dem Urteil kommen, das Gegenteil von „gut“ sei eben doch allzu häufig nur „gut gemeint“.

Die Währungsunion steht in der Gefahr, zu einer monetär aufgeblähten – und eben dadurch zu einer realwirtschaftlich schwachen – Zone zu werden. Das ist es, was die Ökonomen meinen, die davor warnen, über Europa nach „Bedarf“ verteilt Geldtöpfe aufzustellen, aus denen diejenigen bedient werden, die sich nicht an die Disziplin halten, ohne die eine stabile Währung nicht zu haben ist. Ein „guter Pakt“ für Portugal – und für alle anderen Mitgliedsländer der Währungsunion – wäre ein Pakt, der Disziplin erzwingt. Das ist die Voraussetzung für realen Wohlstand.

*Hans D. Barbier*

## Alternde Bevölkerung

Im März 2011 hat das Statistische Bundesamt die Studie „Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern“ veröffentlicht, in der die Bevölkerungsentwicklung für die Zeit bis zum Jahr 2030 aufgezeigt wird. Für die Statistiker ist eindeutig: Der demographische Wandel hat Deutschland längst erfasst. Seit knapp vierzig Jahren reicht die Zahl der geborenen Kinder nicht aus, um die Elterngeneration zu ersetzen. Es sterben mehr Menschen, als Kinder geboren werden. Ohne Zuwanderung aus dem Ausland würde Deutschlands Bevölkerung bereits seit Langem schrumpfen; in den letzten Jahren ist der Wanderungsgewinn jedoch gesunken und reicht nicht mehr aus, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten; sie sinkt seit 2003 kontinuierlich.

Das zeigt sich am deutlichsten in der Gruppe der unter 20-Jährigen: Im Jahr 2030 werden voraussichtlich 17 Prozent weniger Kinder und Jugendliche in Deutschland leben als aktuell. Statt derzeit 15,6 Millionen werden es nur noch 12,9 Millionen unter 20-Jährige sein. Die Personen im erwerbsfähigen Alter – heute üblicherweise zwischen 20 und 65 Jahren – werden um rund 15 Prozent (7,5 Millionen Menschen) zurückgehen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird deutlich sinken, von

aktuell 61 Prozent auf dann gut 54 Prozent. Die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren wird hingegen bis zu diesem Zeitpunkt um ein Drittel von 16,7 Millionen auf 22,3 Millionen Personen ansteigen.

Unter Berücksichtigung der geplanten Anhebung des gesetzlichen Renteneinstiegsalters auf 67 Jahre würden im Jahr 2030 rund 2,6 Millionen Personen mehr im Erwerbsalter sein als beim Renteneinstiegsalter von 65 Jahren. Der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials würde dann im Vergleich zu 2008 nicht 15 Prozent, sondern 13 Prozent betragen, der Anteil an der Gesamtbevölkerung würde knapp 58 Prozent ausmachen.

[www.destatis.de/](http://www.destatis.de/)

## Freie Arbeitsplatzwahl – europaweit

Neben dem freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr gilt seit 1. Mai 2011 nun – mit Verzögerung – auch der freie Personenverkehr für fast alle Bürger der Europäischen Union (EU). Die Übergangsfrist für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus den mittel- und osteuropäischen Staaten, die der Union im Jahr 2004 beigetreten waren (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) ist abgelaufen. Bulgarische und rumänische Bürger (EU-Beitritt Anfang 2007) müssen dagegen noch bis 2013 auf volle Freizü-

gigkeit warten. Für Malta und Zypern – ebenfalls seit 2004 EU-Mitglieder – gab es von Beitrittsbeginn an keine Beschränkungen.

Arbeitnehmer aus den acht erstgenannten Ländern dürfen nun in jedem anderen EU-Land arbeiten; das wären theoretisch rund 50 Millionen Arbeitskräfte. Forschungsinstitute gehen von bis zu 160 000 wandernden Arbeitskräften pro Jahr aus.

Die „2+3+2-Regelung“ aus dem Jahr 2004 erlaubte den alten EU-Staaten, den Arbeitsmarkt-Zugang für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedstaaten schrittweise – nach zwei, fünf oder maximal sieben Jahren – zu öffnen. Die Frist wurde unterschiedlich angewendet: Während Großbritannien, Irland und Schweden ihre Arbeitsmärkte für die Beitrittsländer sofort freigaben, nutzten Deutschland und Österreich die maximale Laufzeit.

Die Folgen der Öffnung für den deutschen Arbeitsmarkt sind noch nicht absehbar. Laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung könne keine verlässliche Prognose abgegeben werden; das Forschungsinstitut erwartet aber mehr Chancen als Risiken. Dabei spielen auch die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen eine große Rolle.

Deutsche Handwerksunternehmen erhoffen von der Öffnung, unbesetzte Lehrstellen mit Bewerbern aus den Ländern auffüllen zu können. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks hat bereits eine große Nachfrage nach Ausbildungsplätzen aus Polen und Tschechien festgestellt.

[doku.iab.de/kurzber/2011/kb1011.pdf](http://doku.iab.de/kurzber/2011/kb1011.pdf)

## Weit weg, und doch nah: die Rente mit 67

Für diejenigen, die sich auf Vokabeltests vorbereiten, ihren Abitur- oder Gesellenprüfungen entgegenfiebert oder über Studienarbeiten brüten, liegt das Thema Rente in weiter Ferne. Doch die Politik greift mit ihren Entscheidungen zur Rentenversicherung weitreichend in die Lebensplanung auch der jungen Menschen ein.

Im März 2007 – damals regierte eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD – wurde beschlossen, die Grenze für den Bezug einer Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) auf 67 Jahre anzuheben. Dem „RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz“ zufolge steigt das Renteneintrittsalter ab dem Jahr 2012 und wird dann über einen Zeitraum von 19 Jahren schrittweise angehoben. Konkret heißt das: Versicherte des Geburtsjahrgangs 1947 können im kommenden Jahr nicht mit 65 Jahren, sondern erst mit 65 Jahren und einem Monat in Rente gehen.

In den Folgejahren erhöht sich das Renteneintrittsalter um jeweils einen Monat pro Geburtsjahrgang, sodass für 1958 Geborene eine Altersgrenze von 66 Jahren gilt. Für Folgejahrgänge wird sie dann jährlich um jeweils zwei Monate pro Geburtsjahrgang erhöht. 2031 wird die Altersgrenze von 67 voll wirksam, also für alle mit dem Geburtsjahr 1964.

Wie immer: Keine Regel ohne Ausnahme. Wer bis zum 65. Lebensjahr mindestens 45 Jahre Beiträge zur GRV gezahlt hat, kann auch in Zukunft ab diesem Zeitpunkt seine volle Rente beziehen. Wie bisher auch bleibt ein früherer Renteneintritt mit 63 Jahren möglich, dann allerdings mit einem

Abschlag in Höhe von 14,4 Prozent der regulären Rente.

### Länger leben – länger arbeiten

Begründet wurde und wird die Rente mit 67 mit der Demographie: Zum einen schrumpft die Bevölkerung. 2030 ist nur noch mit einer Einwohnerzahl von 79 Millionen zu rechnen; derzeit leben etwa 82 Millionen Menschen in Deutschland.

Zum anderen ändert sich die Alterszusammensetzung: Die Zahl der 20- bis 64-Jährigen wird in 20 Jahren um über sechs Millionen gesunken, die Zahl der über 64-Jährigen dagegen um über fünf Millionen gestiegen sein. Diese Veränderungen resultieren aus der niedrigen Geburtenrate sowie der steigenden Lebenserwartung.

Seit 1960 ist die Lebenserwartung für männliche Neugeborene von 66,5 auf 77,3 Jahre, für weibliche von 71,7 auf 82,5 Jahre gestiegen. Das bedeutet eine Zunahme von knapp elf Jahren innerhalb eines halben Jahrhunderts.

Eine andere Kennziffer, die sogenannte fernere Lebenserwartung, lenkt den Blick auf die noch zu erwartenden Lebensjahre ab dem Alter von 65. Auch dieser Erwartungswert steigt seit Langem: 65-jährige Männer leben heute mit durchschnittlich 17,2 Jahren gut fünf Jahre länger,

Frauen mit 20,5 Jahren sogar sechs Jahre länger als im Jahr 1960. Im Jahr 2030 werden Männer im Alter von 65 Jahren im Durchschnitt noch eine Lebenszeit von über 19 Jahren und Frauen von fast 23 Jahren erwarten können.

Durch die längere Lebenszeit nimmt aber auch die Rentenbezugsdauer deutlich zu. Während im Jahr 1960 noch durchschnittlich 9,9 Jahre lang Rente gezahlt wurde, verdoppelte sich bis 2009 diese Zeit nahezu (18,2 Jahre). Auch muss die Rente für „die Alten“ von immer weniger jungen Menschen finanziert werden: 1962 kamen noch fast vier Beitragszahler auf einen Rentner, aktuell sind es nur noch rund zwei.

### Folgenreiche Frühverrentung

Ein weiterer Grund für den längeren Rentenbezug ist die Frühverrentungspolitik der 1970er Jahre. Durch die Rentenreform von 1972 wurde ein vorgezogener Renteneintritt mit 63 Jahren möglich, und das bei voller Rente. Betriebliche und tarifliche Regelungen ermöglichten sogar noch frühere Ausstiege. In den Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung wurden zum Beispiel in den neuen Bundesländern Vorruhestandsregelungen für 55-Jährige geschaffen.



„Wir müssen die noch vor uns liegenden 19 Jahre nutzen, um die Rahmenbedingungen für erfülltes Arbeiten bis 67 deutlich zu verbessern. Das heißt: mehr betriebliche Gesundheitsförderung und altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung, mehr Qualifizierung und ständige Weiterbildung bereits im mittleren Alter. Mir ist wichtig, dass ältere Arbeitnehmer in den späten Berufsjahren auch leisten können, was gefordert ist.“

Ursula von der Leyen

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter lag 1960 bei 64,7 Jahren, für Männer sogar bei 65,2 Jahren. Bis zum Jahr 1995 sank es für Männer im vereinigten Deutschland auf 62,4 Jahre. Die Frühverrentung erreichte das politisch anvisierte Ziel – Abbau der Arbeitslosigkeit – jedoch nie. Zudem mussten durch die höheren Ausgaben der Beitragssatz zur Rentenversicherung angehoben und der aus Steuern finanzierte Bundeszuschuss für die GRV mehrfach aufgestockt werden.

Ein Schritt zur Abkehr von der Frühverrentung erfolgte 1992, als der vorgezogene Rentenbezug nur noch mit Abschlägen von der monatlichen Rentenzahlung ermöglicht wurde. Infolge dieser Regelung ist das durchschnittliche Renteneintrittsalter auf 63,2 Jahre (2009) gestiegen.

### Mentalitätswandel

Die Frühverrentungspolitik war eine fatale Weichenstellung, so das Urteil der aktuellen Bundesregierung. Sowohl bei Arbeitnehmern als auch bei Unternehmen habe sich dadurch eine Mentalität verfestigt, die den Vorruhestand als Normalfall ansieht und ältere Menschen als für den Arbeitsmarkt ungeeignet abqualifi-

ziert; diese Vorstellungen seien bis heute nicht überwunden.

Kritiker der Rente mit 67 – vor allem aus Gewerkschaften und Sozialverbänden – argumentieren, dass viele Arbeitnehmer aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zum Rentenalter arbeiten können. Sie müssten die Zeit vom vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben bis zum Erreichen des Rentenalters in Arbeitslosigkeit verbringen. Außerdem: Wer länger arbeite und später aus dem Berufsleben ausscheide, der blockiere den Arbeitsplatz und schmälere die Chancen der jungen Generation auf Arbeit.

Vermutlich würde die Arbeitslosigkeit tatsächlich steigen, wenn das Rentenalter kurzfristig angehoben würde; doch es gibt eine Übergangsfrist von knapp 20 Jahren. Um Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu beurteilen, ist aber nicht die derzeitige, sondern die zukünftige Arbeitsmarktlage maßgebend.

### Generation 60+

Da die Anzahl erwerbsfähiger Personen aufgrund demographischer Entwicklungen sinkt, ist absehbar, dass in Zukunft auch die älteren Arbeitskräfte gebraucht werden. Das Argument, ältere Men-

schen seien weniger leistungsfähig, greift zu kurz: Ein 65-Jähriger im Jahr 2031 wird leistungsfähiger sein als die jetzigen 65-Jährigen. Da die heutige junge Generation zudem unter besseren medizinischen Umständen aufgewachsen ist, können die heutigen „Alten“ nicht als Maßstab für den Zustand in ferner Zukunft herangezogen werden.

Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ist vor allem die Gruppe der über 60-Jährigen in deutlich geringerem Maße erwerbstätig als jüngere Gruppen: Im Jahr 2008 lag bei den 60- bis 64-jährigen Männern die Beschäftigungsquote – der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Männern der Altersgruppe – bei etwa 25 Prozent. Gleichwohl lässt sich ein positiver Trend zu mehr Beschäftigung der über 60-Jährigen erkennen: Im Jahr 2000 waren nur 15 Prozent der Altersgruppe sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Laut IAB hat die Veränderung gesetzlicher Regelungen die höhere Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer bewirkt. Beispielsweise wurde 2006 die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer verkürzt. Das

Verweilen in Arbeitslosigkeit bis zum Rentenbeginn sei dem IAB zufolge dadurch unattraktiver geworden.

### Beste Altersvorsorge: Bildung

Für die Beschäftigung Älterer ist nach Einschätzung des IAB neben dem Gesundheitszustand der individuelle Bildungsgrad entscheidend: je besser qualifiziert, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden. 2005 lag die Erwerbstätigenquote – sie erfasst neben den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch Beamte und Selbständige – der 60- bis 64-Jährigen mit Hoch- und Fachhochschulabschluss bei 69 Prozent und damit 40 Prozentpunkte über der für Personen ohne Berufsabschluss. Bei den Personen mit einem Fachschulabschluss lag sie immerhin noch bei knapp 54 Prozent.

Die Anhebung des Renteneintrittsalters ist ein klares Signal an Beschäftigte und Unternehmen: Wer qualifiziert ist und seine körperliche Leistungsfähigkeit erhält, schafft gute Voraussetzungen für eine lange Lebensarbeitszeit und eine existenzsichernde Rente.

Für Beschäftigte in körperlich belastenden Berufen kann das bedeuten, ihre Tätigkeit zu wechseln. Häufiger als bisher werden sie in Weiterbildungen und Umschulungen investieren müssen. Gleichzeitig liegt es im Interesse der Unternehmen, die Vorzüge der Älteren zu nutzen: Vor allem deren größere Lebens- und Berufserfahrung wirkt sich im Betriebsablauf positiv aus.

Berthold Barth

### Erwerbstätigenquote\*

Qualifikation	30-49 Jahre	50-54 Jahre	55-59 Jahre	60-64 Jahre
ohne Abschluss	61,6	59,7	53,8	30,3
Betrieblicher Abschluss/Berufsfachschule	83,1	79,5	71,4	39,4
Fachschulabschluss	92,4	91,4	86,6	53,7
Hoch-/Fachhochschulabschluss	89,3	91,9	88,0	69,1
Gesamt	81,5	79,3	71,9	43,4

\* sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte und Selbständige in Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung, Stand 2005

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung



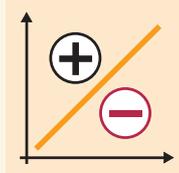
„Unabhängigkeit lässt sich nicht einfach daran messen, ob und wie oft Widerspruch geäußert wird. Vielmehr kommt es darauf an, die eigene Position gut begründet zu vertreten.“

Jens Weidmann

## IM KLARTEXT

Mai 2011

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im Mai 2011

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung +

Im April 2011 wurden in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) knapp 3,1 Millionen Arbeitslose ausgewiesen, 321 000 weniger als im April 2010. Die von den Statistikern der BA ermittelte „Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit“ betrug rund vier Millionen, das waren immerhin 529 000 Menschen weniger als im April 2010. Außerdem weist die BA-Statistik 461 000 gemeldete Arbeitsstellen aus; das waren 126 000 mehr offene Stellen als im Jahr zuvor. Alles in allem nähert sich die offi-

zielle Arbeitslosenzahl allmählich wieder der Drei-Millionen-Grenze.

### Eigenverantwortung -

Der Fondsgesellschaft Fidelity zufolge erreichen die Deutschen im Schnitt eine Rente in Höhe von 56 Prozent ihres letzten Einkommens. Vierzig Prozent der Befragten einer Fidelity-Studie erwarten allerdings, 80 bis 100 Prozent des letzten Einkommens als Rente zu erhalten. 71 Prozent der Be-

fragten hatten zudem nur ungefähre oder keine Vorstellungen über ihre vorraussichtlichen Gesamteinkünfte im Alter. Die drohende Folge: Ein wachsender Teil der Bundesbürger wird im Alter knapper bei Kasse sein als erwartet.

Ob Unwissenheit, Desinteresse, bürokratische Hürden oder intransparente Sparformen für die Lücke zwischen Erwartung und Realität verantwortlich sind, lässt sich nicht eindeutig benennen.

### Bundesbankpräsidenten

1948–1957	Wilhelm Vocke*
1958–1969	Karl Blessing
1969–1977	Karl Klasen
1977–1979	Otmar Emminger
1980–1991	Karl Otto Pöhl
1991–1993	Helmut Schlesinger
1993–1999	Hans Tietmeyer
1999–2004	Ernst Welteke
2004–2011	Axel A. Weber

\* bis 1957 Bank deutscher Länder  
Quelle: Deutsche Bundesbank

Damit reiht sich Jens Weidmann in die stabilitätsorientierte Tradition der Bundesbank ein. Zu hoffen bleibt, dass er darüber hinaus die ebenfalls traditionelle Unabhängigkeit der Bundesbank von politischen Einflüssen fortführt, insbesondere da Weidmann zuletzt wirtschaftspolitischer Berater – und damit ein enger Vertrauter – von Bundeskanzlerin Merkel war. Dass diese Hoffnung begründet sein könnte, zeigt Weidmanns Aufforderung an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, die aktuell „sehr günstige Konjunktur und Haushaltsentwicklung für eine zügige Defizitrückführung“ zu nutzen.

### Geldwertstabilität +

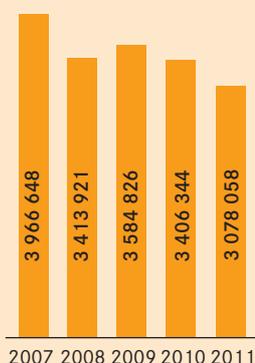
Die Deutsche Bundesbank hat einen neuen Präsidenten: Am 1. Mai 2011 übernahm Jens Weidmann das Amt. Beim Amtsantritt betonte er, dass die „Wahrung der Geldwertstabilität weiterhin und ohne Abstriche das vorrangige Ziel“ sei; ein stabiles Finanzsystem und solide, tragfähige Staatsfinanzen sollten die notwendige Basis dafür sein. Es müsse um die „Rückkehr zur geldpolitischen Normalität“ gehen und darum, nach der Staatsschuldenkrise „die Währungsunion wieder auf ein solides Fundament zu stellen“.

### Altersrenten

	Männer	Frauen
1960	115	76
1970	300	119
1980	655	314
1990	847	321
2000	921	485
2001	920	477
2002	917	464
2003	892	460
2004	855	449
2005	836	438
2006	832	444
2007	869	469
2008	871	484
2009	865	496

Durchschnittsrente in Euro je Monat  
Quelle: Deutsche Rentenversicherung

### Arbeitslose



jeweils April  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture-alliance/dpa (innen), Deutsche Bundesbank  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de